

LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
157. Ausgabe CH · September 2015
AZB 3001 Bern



**Für alle statt für wenige.
SP wählen am 18. Oktober!**

«Es gibt keine nationalen Lösungen»

WELTWEIT SIND SO VIELE MENSCHEN AUF DER FLUCHT WIE SEIT DEM ZWEITEN WELTKRIEG NICHT MEHR. IM INTERVIEW SPRICHT BUNDESPRÄSIDENTIN SIMONETTA SOMMARUGA ÜBER GRENZKONTROLLEN, DIE NEUSTRUKTURIERUNG DES ASYLBEREICHS UND EINEN PERMANENTEN EUROPÄISCHEN VERTEILSCHLÜSSEL.

Täglich erreichen uns Bilder von Flüchtlingen. Frauen, Männer, Kinder, die alles hinter sich gelassen haben und verzweifelt versuchen, über Stacheldrahtzäune nach Europa zu gelangen. Was geht dir durch den Kopf, wenn du diese Bilder siehst?

Diese Bilder gehen unter die Haut. Zusehen zu müssen, wie ganze Familien aus ihren Heimatländern vertrieben werden, ist unerträglich. Das ist die menschliche Reaktion. Die politische Reaktion ist eine andere. Man möchte aufbegehren: Ist es nicht eine Schande, dass die Staatengemeinschaft nicht in der Lage ist, wenigstens die grundlegenden Bedürfnisse der Menschen zu decken? Die Hilfsprogramme von UNO und Rotem Kreuz sind heute teils massiv unterfinanziert. Die Lebensmittelrationen werden halbiert, weil zu wenig Geld vorhanden ist. Menschen verlassen Krisenregionen auch aus solchen Gründen, und das dürfte nun wirklich nicht sein.

Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Schweizer Asylpolitik bei ihrem Besuch in Bern als vorbildlich gelobt. Was hat Angela Merkel damit gemeint?

Unser Asylwesen wird als glaubwürdig wahrgenommen. Daran haben wir mit der Neustrukturierung, die nun beschlossen wurde, gearbeitet. Menschen, die auf Schutz angewiesen sind, erhalten bei uns ein rasches und faires Verfahren. Dieses System wird von der Bevölkerung verstanden und breit mitgetragen. Hinzu kommt, dass die meisten Menschen, die derzeit in der Schweiz ein Asylgesuch stellen, effektiv schutzbedürftig sind. Auch das erhöht die Akzeptanz des Asylwesens.

Mit der Neustrukturierung des Asylbereichs sollen die Asylverfahren beschleunigt werden. Vorgesehen ist ebenfalls eine kostenlose Rechtsvertretung, die den Asylsuchenden während dem Verfahren zur Verfügung gestellt werden soll. Weshalb braucht es diese «Gratisanwälte»?

Den Begriff «Gratisanwalt» mag ich nicht besonders. Tatsächlich handelt sich um eine unentgeltliche Rechtsvertretung, die den Asylsuchenden während dem Verfahren zur Verfügung gestellt wird. Wollen wir rasche Verfahren, dann braucht es eine entsprechende rechtliche Absicherung. Aber auch aus menschlicher Sicht ist es wichtig, dass die Asylbewerber wissen, was auf sie zukommt. In einem Asylverfahren geht es um sehr viel. Das muss rechtsstaatlich verlaufen.

Die Wirksamkeit der neuen Asylverfahren wird seit Anfang Jahr in Zürich getestet. Welche Erkenntnisse zieht man aus dieser Testphase?

Die Rechtsvertreter, mit denen ich bisher gesprochen habe, begrüßen die neuen Verfahren. Da die Betreuung neu bereits ab dem ersten Tag des Verfahrens beginnt, können sie die Asylbewerber besser und würdiger vertreten. Sie kennen die Men-

Interview:
Ladina Triaca

schen und ihre Geschichte und sind näher dran. Ich glaube, mit der Neustrukturierung des Asylbereichs ist es uns gelungen, den Menschen stärker ins Zentrum zu stellen.

Um die Integration von Asylsuchenden zu erleichtern, wird oft auch eine Aufhebung des Arbeitsverbots gefordert. Was hältst du von diesem Anliegen?

Eine Arbeitsstelle hilft sehr, sich in die Gesellschaft zu integrieren. Gerade bei anerkannten Flüchtlingen bin ich der Ansicht, dass wir sämtliche Hürden abbauen müssen, um sie möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Aber auch Asylbewerber können heute bereits nach drei Monaten eine Arbeitsbewilligung erhalten. Das heisst: Damit sich die Menschen möglichst rasch integrieren können, brauchen sie Arbeit. Ich erwarte deshalb von den Arbeitgebern, dass auch sie hier ihren Beitrag leisten.

Alleine lassen sich die Herausforderungen im Asylbereich nicht bewältigen. Die Schweiz ist auf eine gute Zusammenarbeit mit Europa angewiesen. Die EU-Mitgliedstaaten tun sich allerdings immer noch schwer mit einer gemeinsamen Asylpolitik...

Es gibt keine nationalen Lösungen. Im Gegenteil, wenn jedes Land Zäune aufstellt und Flüchtlinge abweist, sind am Schluss die Schwächsten die Leidtragenden. Ich wünsche mir eine EU, die eine gemeinsame und solidarische Asylpolitik verfolgt. Bereits seit einiger Zeit fordere ich deshalb einen fixen Verteilmechanismus, an dem sich sämtliche EU-Staaten beteiligen. Als amtsälteste Asylministerin in Europa habe ich immer wieder darauf hingewiesen, dass das Dublin-System gerade in aussergewöhnlichen Situationen wie der heutigen gestärkt und weiterentwickelt werden muss. Europa ist eine Wertegemeinschaft. Man wird Europa letztendlich daran messen, wie es mit dieser Situation umgeht.

Ärgert es dich manchmal, dass verbindliche Entscheide auf europäischer Ebene oft nur sehr schwer zu Stande kommen?

Nicht generell, aber in der Asylpolitik ist es eindeutig so, ja. Hier hat man es jahrelang versäumt, eine gemeinsame und solidarische Politik aufzubauen. Gleichzeitig müssen aber auch wir unseren Beitrag leisten. Kürzlich hat der Bundesrat beschlossen, dass sich auch die Schweiz an einem gemeinsamen europäischen Verteilsschlüssel beteiligt. Ich denke, das ist ein starkes Zeichen Richtung Europa, ganz besonders an diejenigen Staaten, die sich bis jetzt dagegenstellen.

Was bedeutet das konkret für die Schweiz?

Im Rahmen einer ersten Umverteilung, die von den EU-Mitgliedstaaten Mitte September beschlossen wurde, hat sich die



Fordert bereits seit einiger Zeit einen fixen europäischen Verteilmechanismus: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga.

Schweiz bereit erklärt, 1500 schutzbedürftige Personen aufzunehmen. Ziel ist es, vor allem Griechenland und Italien damit zu entlasten. Der Bundesrat hat auch beschlossen, dass sich die Schweiz an einem zweiten europäischen Umverteilungsprogramm beteiligen wird.

Deutschland oder Österreich kontrollieren ihre Grenzen vorübergehend wieder. Müsste die Schweiz da nicht nachziehen?

Deutschland und Österreich sind in einer völlig anderen Situation. Innerhalb weniger Tage und Wochen sind zigtausende Asylsuchende angekommen. Es ist nachvollziehbar, dass diese beiden Staaten vorübergehend Grenzkontrollen durchführen. Sie verhalten sich damit übrigens absolut schengenkonform. Ich möchte betonen, dass es sich hier um Grenzkontrollen und nicht um Grenzschliessungen handelt. Denn sowohl in Deutschland als auch in Österreich werden weiterhin Menschen aufgenommen, die Asyl beantragen. Die Situation in der Schweiz ist viel weniger angespannt. Wir sind in der Lage, sämtliche Asylsuchende an der Grenze zu registrieren. System-

atische Grenzkontrollen sind daher zurzeit weder aus politischer noch aus rechtlicher Sicht erforderlich.

Du bist zwar nicht Aussenministerin, aber wie kann die Schweiz dazu beitragen, dass die Krisenregionen im Nahen Osten oder in Afrika wieder zur Ruhe kommen und die Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive haben?

Unsere Neutralität ist keine Lizenz zum Wegschauen. Im Gegenteil, sie ist eine Verpflichtung. Die Schweiz kann nicht alleine Frieden stiften, aber sie kann Frieden fördern. Dazu ist es wichtig, dass wir uns mit den Ursachen befassen. Nebst Krieg sind das auch Korruption oder die weltweite Handelspolitik. Und seien wir ehrlich: Wir waren und sind nicht immer frei von Verantwortung. Ich würde es begrüßen, wenn die Schweiz gerade in handelspolitischen Fragen oder auch in Sachen Rohstoffhandel mit gutem Beispiel vorangeht. Die Schweiz darf auch mal eine Vorreiterrolle einnehmen!

Anmerkung der Redaktion:
Das Interview wurde am 21. September geführt.



STEFAN WITTLIN, 31

Basel

«Wir verteilen frühmorgens an der Tramhaltestelle Gipfeli und gehen mit unseren Kandis auf «Beizentour». Jeweils zu zweit oder zu dritt ziehen wir dabei durch Bars und Restaurants und verteilen rote Rosen. Dieses Jahr sind wir besonders motiviert, schliesslich können wir in Basel einen Sitz für Rot-Grün zurückgewinnen!»



BRIGITTE PAVAN, 61

Pratteln

«Mit den Telefonaktionen gelingt es vielleicht endlich, wieder eine höhere Stimmbeteiligung zu erreichen.»



JARNO BIGLER, 36

Biel

«Ich bin bereits aktiv im Basiswahlkampf dabei und habe geholfen SP-Mitglieder zu fragen, ob sie auch an die Telefonanlässe kommen. Das Echo war sehr gut: Viele sind bereit, im Wahlkampf mitzuhelfen. Ich jedenfalls bin motiviert, in den nächsten Wochen nochmals Vollgas zu geben.»



SIMON ZURBRÜGG, 31

Bern

«Ich habe bereits an mehreren Standaktionen, Küchentischtreffen und Telefonaktionen teilgenommen oder sie mitorganisiert. Wir werben für eine gute Sache: für Demokratie, Offenheit und Solidarität. So engagiere ich mich gerne!»



ANDREAS VON GUNTEN, 47,

Kölliken

«Wahlkampf ist die beste Gelegenheit, unsere Sektion sichtbarer zu machen. Mit meinem Engagement will ich nicht nur unseren Sektionspräsidenten und den Vorstand entlasten, sondern auch möglichst viele Menschen motivieren, bei uns mitzumachen.»



ROLF SPÖRRI, 69

Luzern

«Ich mag den direkten Kontakt mit Menschen – sei's beim Unterschriftensammeln oder beim Telefonieren. Hauptsache, man kommt miteinander ins Gespräch. Und wenn man dann noch den einen oder die andere motivieren kann an die Urne zu gehen: umso besser!»

«Die anderen haben Millionen, wir haben Menschen»

IN DER HEISSEN PHASE DES WAHLKAMPFS WOLLEN WIR MIT 100 000 BEKANNTEN UND MIT DER SP SYMPATHISIERENDEN PERSÖNLICH SPRECHEN. MÖGLICH IST UNSERE BASISKAMPAGNE NUR DANK DEM FREIWILLIGEN ENGAGEMENT ZAHLREICHER MITGLIEDER. EINIGE ERZÄHLEN UNS – STELLVERTRETEND FÜR GANZ VIELE –, WAS SIE MOTIVIERT, BEI DER BASISKAMPAGNE MITZUMACHEN.



ESTHER BÄNZIGER, 64

Schaffhausen

«Schaffhausen ist schrecklich konservativ! Einer der wenigen Kantone, in denen SVP und FDP, eine Listenverbindung eingehen. Umso mehr müssen wir uns ins Zeug legen, wenn wir wollen, dass Martina Munz wieder gewählt wird.»



HANNES DUBACH, 31

Uster

«Die Telefonaktionen fand ich von Anfang an eine gute Sache. Im Frühling habe ich zum ersten Mal für die Kantonsratswahlen bei uns in Zürich telefoniert. Natürlich bin ich auch bei den letzten grossen Telefonaktionen vor den Wahlen wieder mit dabei!»



ERICA WILLI, 68,

Arbon

«Früher gingen wir oft von Tür zu Tür oder haben auf der Strasse Wähler_innen mobilisiert. Heute muss ich sagen: Das Telefonieren ist noch viel lässiger! Die Organisation ist erstklassig und ich freue mich immer wieder mit SP-Mitgliedern ins Gespräch zu kommen, die ich schon lange nicht mehr gesehen habe.»



BRIGITTE KURATLI, 54

Goldach

«Obwohl meine Skepsis dieser Telefoniererei gegenüber recht gross war – ich selber finde Telefonanrufe zu Werbezwecken extrem lästig –, gebe ich dieser Art von Wahlkampf eine Chance. Probieren wir es aus! Und wenn wir bei den National- und Ständeratswahlen erfolgreich sind, machen wir bei den Kantonsratswahlen im nächsten Februar grad weiter damit!»



BARBARA WIESMANN, 34

Zürich

«Mir ist wichtig, dass es bei den kommenden Wahlen nicht zu einem Rechtsrutsch kommt. Mit meiner Teilnahme an verschiedenen Stand- und Telefonaktionen will ich mithelfen, dass linke Interessen auch künftig in Bern vertreten sind.»



CONRADIN CAVIEZEL, 32

Chur

«In Graubünden haben wir bereits 2014 im Grossratswahlkampf erste Telefonaktionen durchgeführt. Klar, sind wir als Pioniere auch bei der nationalen Telefonkampagne dabei! So kurz vor den Wahlen wollen wir vor allem mit persönlichen Gesprächen im privaten Umfeld (z.B. Kollegen, Verein) nochmals möglichst viele potenzielle SP-Wähler_innen animieren, an die Urne zu gehen.»



ANJA CONZETT, 27

Malans

«Meine Telefonliste ist gleichzeitig eine Gästeliste. Zusammen mit Freunden, die selbst nicht Parteimitglieder sind, veranstalte ich alle vier Jahre eine Wahlparty. Angefangen haben wir damit vor acht Jahren, als wir das erste Mal wählen durften und das gebührend feiern wollten. Seither laden wir immer zwei Wochen vor den Wahlen Freunde, Bekannte, Neuwähler, Politvergessene oder -verdrossene ein, mit uns die Demokratie als das zu betrachten, was es ist – ein Grund zu feiern.»

UNSER GEMEINSAMES ZIEL

Sobald die Wahlunterlagen bei den Leuten sind, wollen wir in der heissen Phase des Wahlkampfes mit 100 000 Bekannten und SP-Sympathisierenden persönlich sprechen. Das ist wichtig. Denn wir wollen möglichst viele Wählerinnen und Wähler überzeugen, am 18. Oktober SP zu wählen: für eine offene, solidarische und gerechte Schweiz. Nur so können wir den drohenden Rechtsrutsch verhindern

WIR ZÄHLEN AUF DICH!

Damit wir möglichst viele Mitglieder und Sympathisanten, Freunde und Bekannte, Neuwählerinnen und politisch Interessierte erreichen können, sind wir auf deine Unterstützung angewiesen.

Am 3. und am 10. Oktober finden überall in der Schweiz Telefonanlässe statt. Melde dich mit einem E-Mail an basiswahlkampf@spschweiz.ch und engagiere dich aktiv in der heissen Phase des Wahlkampfes. Wir zählen auf dich!

Der Jugend eine Stimme!

Das Parlament repräsentativer, bunter und jünger machen: Jahresversammlung der Juso in Bern.

MIT 184 KANDIDIERENDEN AUF EIGENEN LISTEN UND WEITEREN MITGLIEDERN AUF DEN SP-LISTEN TRITT DIE JUSO IN FAST ALLEN KANTONEN ZU DEN NATIONALRATSWAHLEN AN. MIT EINEM AKTIVEN WAHLKAMPF SOLLEN DABEI STIMMEN FÜR DIE SOZIALDEMOKRATIE, JUNGE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER UND EIN FARBIGERES PARLAMENT ERKÄMPFT WERDEN.

Am Ende dieser Legislatur liefert die bürgerliche Mehrheit eine düstere Bilanz ab: Die Ungleichheit hat in der Schweiz weiter zugenommen. Eine kleine privilegierte Minderheit von 2 Prozent der Bevölkerung besitzt gleich viel wie die restlichen 98 Prozent. Die Löhne für die grosse Mehrheit der Menschen stagnieren, während die Abzocker-Saläre weiter explodieren. Viele junge Menschen verfügen nicht mehr über eine glaubhafte Perspektive für ein gutes Leben. Die rechte Mehrheit leugnet diese Probleme.

Diese Leugnung der zunehmenden Ungleichheit in der Schweiz und die Untätigkeit bei Massnahmen dagegen gipfelten in der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative, mit der das Verhältnis zu Europa in Frage gestellt ist. Für die Schweiz ist dies kulturell, politisch und ökonomisch dramatisch. Aber es kommt noch schlimmer: Trotz nach wie vor wachsender Wirtschaft hat die öffentliche Hand ein massives Einnahmen-Problem. In der Bundeskasse fehlen Milliarden. Und der Service public auf kommunaler, kantonaler und eidgenössischer Ebene durchlebt einen massiven Leistungsabbau. Schliesslich steht

der Schweiz mit der Aufhebung des Franken-Euro-Mindestkurses eine gesalzene Entlassungswelle bevor. Die Exporte sind jüngst bereits um 4,5 Prozent eingebrochen.

Rechtsextremistische SVP, orientierungslose Mitte

Abgerundet wird diese rabenschwarze Bilanz von einer sich immer mehr radikalisierenden SVP, die sich inzwischen offen gegen das Asylrecht und gegen die Menschenrechte als solche stellt. In einer Zeit, in der die Welt von Konflikten und Krieg beherrscht wird und die Staatengemeinschaft eine humanitäre Flüchtlingskrise lösen sollte, ist dies besonders zynisch und gefährlich. Das bürgerliche Lager ist orientierungslos und weit davon entfernt, sein Verhältnis zu dieser rechtsextremistischen Partei zu überdenken. Im Gegenteil: Die FDP nähert sich der SVP immer mehr an. Zusammen sind die beiden Parteien in Bundesbern nur noch sieben Sitze von der absoluten Mehrheit entfernt.

Die Bevölkerung besteht nicht nur aus alten, weissen Männern

Diese düstere Bilanz haben wir vor allem rechten, alten, weissen, rei-

«Zusammen sind FDP und SVP nur noch sieben Sitze von der absoluten Mehrheit entfernt.»

chen und heterosexuellen Männern zu verdanken. Der Altersschnitt der eidgenössischen Räte liegt über 50, der Frauenanteil ist rückläufig und Parlamentsmitglieder mit Migrationshintergrund sind immer noch nur eine Randerscheinung. In einer Demokratie sollte die Volksvertretung das Volk auch einigermaßen repräsentieren und abbilden. Und in einer Demokratie sollten diejenigen, die von Entscheiden betroffen sind, auch mitreden können. Das Parlament braucht deshalb mehr Frauen, mehr Ausländer, mehr Lesben und mehr Arbeiter. Aber es braucht auch mehr Junge. Denn vor allen anderen ist es unsere Generation, die die verheerende Politik des aktuellen Parlaments ausbaden muss – und das noch sehr lange.

Am 18. Oktober können wir das ändern und dafür sorgen, dass die Linke gestärkt aus den Wahlen hervorgeht und diese düstere Bilanz in eine bessere Zukunft verwandeln kann. Aber wir können auch dafür sorgen, dass unser Parlament repräsentativer, bunter und jünger wird. Dafür kämpfen wir JUSOs gemeinsam mit der SP.

Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz, Vizepräsident SP Schweiz

«Die demokratische Schweiz verteidigen»

DER 12. SEPTEMBER 1848 GILT OFFIZIELL ALS GEBURTSTUNDE DER MODERNEN UND DEMOKRATISCHEN SCHWEIZ. NICHT ZUFÄLLIG HABEN SICH GENAU 167 JAHRE SPÄTER ZAHLREICHE GENOSSINNEN UND GENOSSEN IN TURGI (AG) VERSAMMELT, UM GEMEINSAM DIE HEISSE PHASE DES WAHLKAMPFS ZU ERÖFFNEN.

«Wir wollen die demokratische Schweiz von 1848 gegenüber der feudalen Schweiz von 1291 verteidigen», mit diesen Worten begrüßte Christian Levrat auf der 170-jährigen Holzbrücke in Turgi die angereisten Gäste. Als grösste Kraft im progressiven Lager sei es die Aufgabe der SP immer wieder an die demokratischen Grundsätze der Schweiz von 1848 zu erinnern. Darum gehe es auch bei den kommenden Wahlen: «Die SP verkörpert wie keine andere Partei die Schweiz der Öffnung, des sozialen Ausgleichs und des Fortschritts.» Und: «Die SP ist die einzige Partei, die den drohenden Rechtsrutsch abwenden kann.» Wer SP wähle, wähle anständige Löhne, bessere Renten und bezahlbare Wohnungen. Levrat kritisierte auch die Rechte: «Die SVP hat die Schweiz mit ihrer Initiative in die Sackgasse manövriert und macht jetzt im Wahlkampf auf Halligalli». Anstatt die Stimmbürger zu «verseckeln», brauche es jetzt mehr Ernsthaftigkeit, meinte der Parteipräsident.

Sommaruga als Vorbild

Die 170-jährige Holzbrücke in Turgi war nicht zufällig als Veranstaltungsort gewählt worden. Die Brücke sei ein verbindendes Symbol und zeige, dass sich die SP für Offenheit und gute Beziehungen zu Europa einsetze, meinte Levrat. Auch Martin Schulz nahm die Symbolik auf und rief in seiner Rede zu mehr Solidarität und Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen auf. Der EU-Parlamentspräsident lobte ausserdem die geplante Asylgesetzrevision von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga. «Viele europäische Politiker sollten sich ein Vorbild nehmen an der Asylpolitik von Simonetta»,

sagte Schulz. Gemünzt auf die bereits im Vorfeld geäusserte Kritik an der EU und ihrer Austeritätspolitik meinte er: «Die EU ist in erster Linie eine politische Institution. Welche Politik die EU verfolgt, hängt massgeblich von den beteiligten Politikern ab. Derzeit hat die Linke schlicht keine Mehrheiten und kann sich deshalb auf europäischer Ebene oft nicht durchsetzen.» Ob die in Griechenland-T-Shirts angereisten Jusos mit dieser Antwort zufrieden waren, lässt sich nur schwer beurteilen.

Bratwurst, Bier und 1848er-Lieder

Einen gemeinsamen Auftritt auf der Holzbrücke von Turgi hatten Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Alain Berset. Während Berset darauf hinwies, dass im 19. Jahrhundert auch viele Schweizerinnen und Schweizer aus wirtschaftlichen Gründen ausgewandert seien, ermahnte Sommaruga die anwesenden Genossinnen und Genossen, dass man die Schweiz und auch Europa daran messen werde, wie mit der aktuellen Flüchtlingskrise umgehe. Der Historiker Jakob Tanner erinnerte schliesslich daran, dass das «bis heute virulente Syndrom der Überfremdungsangst» bereits während der Nationenbildung im 19. Jahrhundert entstanden sei.

Nebst der politischen Prominenz kam auch das gesellige Zusammensein in Turgi nicht zu kurz. Bratwurst und Bier fanden ebenso Anklang wie der Kinderspielplatz. Und dank den 1848er-Liedern von Hans Fässler und seiner Band fühlte man sich auch musikalisch ins Geburtsjahr der demokratischen Schweiz zurückversetzt.

**STAND
PUNKT**



Entlarvung im Wahlkampf

Donald Trump, republikanischer Präsidentschaftskandidat gibt sich chauvinistisch, sexistisch und rassistisch. Über seine Konkurrentin Carly Fiorina sagte er: «Schau dir das Gesicht an! Wird irgendjemand dafür stimmen?» Fiorina entgegnete kühl: «Der Vorteil eines Wahlkampfes ist: Fähigkeiten, Temperament und Charakter werden früher oder später entlarvt. Und ich denke, alle Frauen in diesem Land haben genau gehört, was Herr Trump gesagt hat.» Es soll hier jedoch weder um Trump noch um Fiorina gehen, denn beide stehen in ihren Positionen weit weg von der SP. Aber in einem Punkt hat Fiorina Recht, der Wahlkampf entlarvt – auch in der Schweiz. Während sich in unseren Köpfen schwer zu ertragende Bilder von Menschen auf der Flucht einprägen, die ihr Leben oder ihre Liebsten verlieren, setzt die grösste Partei auf Ballermann-Musik und Halligalli. Was normalerweise noch unterhaltsam sein könnte, ist im heutigen Kontext nur geschmacklos. Ende der Session hat die SVP das Referendum gegen die Asylreform angekündigt und fordert als einzige Partei ein Asylmoratorium: Grenze dicht. Mit ihren unmenschlichen und untauglichen Rezepten, die an Orbans Ungarn erinnern, sowie dem Referendum gegen die Asylreform, hat sich die SVP definitiv entlarvt: Halligalli und Destruktion. Lösungen und menschliche Schicksale sind ihr gleichgültig. Am 9. 9. fordert die SVP mehr Härte gegen Kriegsflüchtlinge. Am 17. 9. kämpft die gleiche SVP verbissen für den Schutz von kriminellen Steuerflüchtlingen. Der Wahlkampf entlarvt. Hoffentlich ist auch die SP entlarvt in diesem Wahlkampf: Wir haben keine Millionen wie die anderen Parteien, dafür tausende motivierte Freiwillige, die uns helfen, vor den Wahlen mit wiederum Tausenden WählerInnen zu sprechen. Wir haben nicht *die* Lösung, um das Flüchtlingselend zu stoppen, aber wir pochen konsequent auf eine stärkere Hilfe vor Ort, eine europäische, solidarische Flüchtlingspolitik sowie die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in der Schweiz. Wir haben nicht die Mehrheit im Parlament, aber wir konnten mit geschickter Politik die Energiewende einfädeln und die Erhöhung der AHV-Rente aufgleisen. Diese ernsthafte Politik, welche die Menschen ins Zentrum rückt, wollen wir weiterführen. Noch haben wir wenige Tage Zeit, möglichst viele WählerInnen davon zu überzeugen!

Flavia Wasserfallen, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz



Damit ein gemeinsames Zukunftsprojekt erfolgreich sein kann, müssen alle Interessen miteinbezogen werden: Christian Levrat im Gespräch mit jungen Genossinnen in Turgi.

Der Kampf muss weitergehen!

SEIT 125 JAHREN ENGAGIEREN SICH DIE SP-FRAUEN FÜR EINE GERECHTE FAMILIEN- UND GESCHLECHTERPOLITIK. FÜR DIE KOMMENDE LEGISLATUR HABEN SIE SICH ACHT ZIELE GESETZT.

Obschon Frauen mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung ausmachen, sind sie im Parlament massiv in der Minderheit. Gerade mal 9 von 46 Sitzen im Ständerat sind aktuell von Frauen besetzt, der Nationalrat besteht zu zwei Dritteln aus Männern (nur 62 von 200 Sitzen sind von Frauen besetzt). Wenn wir wollen, dass Frauen und Männer bei Berufswahl, Entlohnung, Arbeitsrecht und Vereinbarkeit von Beruf und Familie gleichgestellt werden, müssen wir auch dafür sorgen, dass beide Geschlechter gleichermaßen im Parlament vertreten sind. Wir, die SP Frauen, engagieren uns schon seit vielen Jahren, damit es in der Gleichstellungs- und Familienpolitik vorwärtsgeht – und das mit Erfolg.

Acht Ziele für mehr Gleichstellung

Auch in den kommenden vier Jahren wollen wir SP-Frauen uns mit einer starken Stimme im Parlament für familien- und gleichstellungspolitische Anliegen einsetzen. Denn es gibt noch viel zu tun. Für die kommende Legislatur haben wir uns acht Ziele gesetzt, die auch in unserem Wahl-Leporello aufgeführt sind:

«Wählen gehen heisst auch, Verantwortung zu tragen.»

- Lohngleichheit, die die ökonomische Autonomie der Frauen verstärkt und der ganzen Familie zugute kommt.
- Ohne Umsetzung echter Massnahmen zugunsten der Gleichstellung keine Erhöhung des Frauenrentenalters.
- Massnahmen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wie gute Teilzeitstellen und familienfreundliche Arbeitsmodelle.
- Ein gutes Angebot an familienergänzender Betreuung – flächendeckende Tageschulen und bezahlbare, qualitativ gute Kita-Plätze für alle.
- Die Anerkennung und Aufwertung der Care-Arbeit.
- Die Einführung eines Elternurlaubs, damit alle Elternteile mehr Zeit mit dem Kind verbringen können.
- Die Bekämpfung häuslicher Gewalt und der Gewalt gegen Frauen.
- Eine effiziente Familienpolitik und ein modernes Familienrecht.

Chance nutzen

Wer sozialdemokratische Politik betreibt und Kritik am kapitalistischen

System übt, muss am 18. Oktober mindestens gleich viele Frauen wie Männer wählen. Denn: Der Kapitalismus gründet in einem patriarchalen Staat, der Frauen an den Herd verweist und Männer als Arbeitstiere nutzt. Dieser Logik zufolge haben Frauen in der Öffentlichkeit nichts zu suchen und werden so auch aus der Politik gedrängt – die Wirkung dieser im 19. Jahrhundert begründeten Geschlechtertrennung hält teilweise bis heute an. Diese Segregation führt dazu, dass Frauen heute auf Führungsebenen stark untervertreten sind und Männer keine Teilzeitarbeit finden. Oder dass Frauen nach wie vor weniger verdienen und Männer bis zum Burnout «chrampfen». Wir aber wollen eine zeitgemässe Gleichstellungspolitik, die von Frauen und Männern gleichermaßen getragen wird. Höchste Zeit also, dass auch alle Geschlechter gleichermaßen im Parlament vertreten sind.

Verantwortung tragen, Frauen wählen

Hinzu kommt: Wenn sich bei diesen Wahlen nichts ändert, stützen wir weiterhin den Status quo. Und der ist der Gleichstellungspolitik nicht sonderlich förderlich: Seit über 25 Jahren kämpfen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beispielsweise für mehr Lohngleichheit – bisher ging es nur in winzigen Schrittlchen vorwärts. Zum Glück beweist die SP, dass es auch anders geht und Gleichstellung mehr als ein politisches Schlagwort ist. Wir können mit diesen Wahlen die Weichen neu und zu Gunsten einer besseren Geschlechterverteilung stellen. Wählen zu gehen, heisst auch, Verantwortung zu tragen. Wer trifft in den nächsten Jahren die politischen Entscheidungen? Eure Stimme zählt. Wählt am 18. Oktober SP und paritätisch Frauen und Männer!

Yvonne Feri, Nationalrätin AG und Präsidentin SP Frauen Schweiz



Von Lohngleichheit über Elternurlaub bis zur Bekämpfung häuslicher Gewalt: Der Wahlleprello der SP Frauen umfasst die acht wichtigsten Legislaturziele.



Basiskampagne in der Endphase

DIE BASISKAMPAGNE DER SP IN BERN FÄGT. WIR HABEN ZWAR NICHT DAS GELD FÜR TEURE PLAKATE UND INSERATE, ABER WIR HABEN VIELE AKTIVE MITGLIEDER, DIE SICH FÜR EINE GERECHTERE UND OFFENERE SCHWEIZ EINSETZEN.

Die SP Kanton Bern hat sich als Wahlziel mindestens sechs Sitze im Nationalrat, den Erhalt des Ständeratssitzes von Hans Stöckli sowie 21 Prozent Wähler_innenanteil gesetzt. Das sind ambitionierte Ziele, auch weil der Kanton Bern bei diesen Wahlen einen Sitz im Nationalrat abgeben muss. Dass wir diese Ziele nur mit einem grossen Effort der Basis erreichen können, ist klar, denn alleine mit Plakaten und Inseraten haben wir keine Chance gegen die geballte Finanzkraft von SVP und FDP.

Weil wir voll auf das Engagement unserer Basis setzen, hat die Kampagne bereits sechs Monate vor dem Wahlsonntag begonnen. Schon vor den Sommerferien haben besonders engagierte Mitglieder an über 100 Küchentisch-Treffen Genossinnen und Genossen zu sich nach Hause eingeladen, um mit ihnen über den Wahlkampf der SP zu diskutieren und zu informieren, wie man sich im Wahlkampf engagieren kann.

Nach den Sommerferien ging's dann Schlag auf Schlag weiter: Wir haben per Telefon mit über 3000 bis anhin noch nicht involvierten Mitgliedern gesprochen und sie gefragt, ob sie sich im Herbst auch aktiv am Wahlkampf beteiligen möchten.

Mancherorts gab es Zweifel, ob sich der Aufwand lohnen würde. Doch die Skepsis war fehl am Platz: Über 1000 Genoss_innen werden in Bern an den grossen Telefonanlässen mit ihren Freund_innen, Verwandten und Bekannten sprechen oder SP-Sympis an die Wahlen erinnern. Viele weitere haben sich für Stand-, Flyer- und andere Aktionen angemeldet oder haben den Wahlkampf der SP mit einer Spende unterstützt.

Dieses riesige Engagement unserer Basis motiviert natürlich auch unsere Kandidat_innen, die sich nach Kräften engagieren und sich voll auf die Campaigner_innen verlassen können. Wir freuen uns sehr

Das riesige Engagement der Basis motiviert.

auf die über hundert Telefonanlässe, an denen wir während der heissen Phase im Kanton Bern an über 30 Standorten telefonieren werden. Wenn du dieses Heft in der Hand hältst, werden wir bereits mit tausenden von Wähler_innen gesprochen haben.

Wir zählen auf dich!

Am 3. und am 10. Oktober finden überall im ganzen Kanton Telefonanlässe statt. Melde dich bei uns mit einem E-Mail an basiswahlkampf@spschweiz.ch und engagierte dich aktiv in der heissen Phase des Wahlkampfes!

Keine Zeit an den Samstagen?

Kein Problem, wir telefonieren auch unter der Woche! Gib im Mail einfach an, wann du Zeit hast, und wir melden uns bei dir!

Micha Küchler, Regionalleiter SP Kanton Bern, Basiskampagne Wahlen 2015

125 Jahre SP Kanton Solothurn

SCHWARZ-GELB-ROT

13. August, 19.30 Uhr im Restaurant Kreuz in Solothurn – drei Historiker diskutierten über die Geschichte der Solothurner Parteien von 1890 bis heute. Der Anlass wurde von über 70 Personen besucht, darunter Roberto Zanetti, Bea Heim, Philipp Hadorn sowie der Initiator der Willi Ritschard-Bildungswerkstatt, Nationalrat Andreas Gross.



Susanne Schaffner (OK-Präsidentin 125 Jahre SP Solothurn), Urban Fink-Wagner (CVP), Peter Heim (SP), Christian von Arx (Moderation) und Remo Ankli (FDP)

PETER BICHSEL LIEST

5. September, 16.00 Uhr im Christkatholischen Kirchgemeindehaus in Olten. Der öffentliche Anlass wurde von 120 Personen besucht. Das Kirchgemeindehaus war bis auf den letzten Platz besetzt – danke Peter Bichsel für dieses tolle Geschenk zum Jubiläum der Sozialdemokratischen Partei Kanton Solothurn!



125 JAHRE SP KANTON SOLOTHURN

29. August, 17 Uhr in der Rythalle in Solothurn – Jubiläumsanlass mit 250 Personen. Grosser Dank geht an die vielen Gäste wie auch zahlreichen Helferinnen und Helfer – im Vorfeld, während des Anlasses, beim Abräumen, vor und hinter der Kulisse, an der Kamera, in der Küche, am Sonntagmorgen früh – wo und wie auch immer!



VORANZEIGE

Am 12. November findet in Grenchen der letzte Anlass im Zusammenhang mit dem Jubiläum statt. Zu diesem Zeitpunkt wird auch die Jubiläumsbroschüre präsentiert, dazu die komplette Videoseerie auf DVD, u. a. das Interview mit Peter Bichsel in voller Länge, sowie weitere Stimmen und Zitate zur SP. In der nächsten Links-Ausgabe erfolgt der detaillierte Anlassbescrieb.

Statt Goldvreneli gibt's den Schuh? Ältere Arbeitnehmende wieder anständig behandeln!

Es ist noch nicht lange her, da waren Arbeitsjubiläen ein Grund zu Freude und Stolz für Arbeitnehmende wie Arbeitgeber. Gegenseitige Loyalität war eine Grundlage des Arbeitsverhältnisses, die Berufserfahrung der Mitarbeitenden war ein Wert, den die Arbeitgeber zu schätzen wussten – nicht nur mit Goldvreneli und Uhren zum Jubiläum, sondern auch mit Anerkennung im Alltag. Viele KMU-Patrons und Gewerbler halten das heute noch so. Doch leider hat seit einigen Jahren gerade in börsenkotierten Unternehmen eine Management-Unkultur Einzug gehalten, für die Mitarbeitende bloss ein Kostenfaktor sind, den es möglichst tief zu halten gilt. Darunter leiden ältere

MEIN STANDPUNKT

Bea Heim, Nationalrätin
bea.heim@parl.ch



Arbeitskräfte ganz besonders. Galt es früher als quasi undenkbar, dass eine Firma langjährige Mitarbeiter ohne ernsten Grund entliess, werden heute über 50-Jährige systematisch durch Jüngere ersetzt, nur um damit ein paar Franken Lohnkosten zu sparen. Dass damit immer auch wertvolles Wissen aus den Unternehmen verschwindet, ist der neuen Manager-Kaste egal. Für sie zählt nur der nächste Jahresabschluss, an dessen Höhe sich die Höhe ihrer Boni bemisst.

Ich setze mich seit Jahren für einen besseren Schutz älterer Arbeitnehmender und jener Menschen ab 50 ein, die bereits Opfer der unheilvollen Entwicklung geworden sind. Denn sie werden leider nur allzu oft vom RAV direkt an die Sozialämter durchgereicht. Das ist entwürdi-

gend, macht krank, ist gesamtwirtschaftlicher Unsinn und vergiftet das gesellschaftliche Klima.

Darum müssen langjährige Mitarbeitende besser geschützt werden. Wenn der Anstand der Manager schwindet, muss die Politik ihm Nachachtung verschaffen. Es braucht höhere Kündigungshürden bei den über 50-Jährigen. Es braucht für ältere Stellenlose eine Überbrückungsrente. Es braucht Investitionen in die Weiterbildung für Menschen ab 45.

Das alles wollen die Bürgerlichen nicht. Sie träumen stattdessen von niedrigeren Renten und einem höheren Rentenalter. Darum ist es für die Zukunft der Schweiz zentral, dass am 18. Oktober die fortschrittlichen Kräfte zulegen.

Wahlkampfarithmetik

Bei den kommenden Nationalratswahlen stehen sich im Thurgau drei Blöcke gegenüber. Am rechten Rand hat sich die rückwärtsgewandte SVP mit der EDU zusammengeschlossen und auf der fortschrittlichen Seite haben sich die Grünen mit der SP verbündet. Bei diesen beiden Blöcken weiss man wenigstens, wen man wählt. Alle Kandidatinnen oder Kandidaten haben ein klar erkennbares Profil und werden ihre Wähler in Bern entsprechend vertreten. Der ganze Rest tummelt sich in der Mitte.

Da finden wir im gleichen Bett vereint die liberale FDP mit der katholischen CVP; die von der SVP abgespaltene BDP mit der neu gegründeten Grünliberalen Partei; und auch die freikirchliche EVP hat da ihre Heimat gefunden. Das ist wie eine «Blackbox». Wenn ein Wähler oder eine Wählerin eine dieser Listen einwirft oder auch nur einzelne Kandidaten oder Kandidatinnen auf der Wahlliste panaschiert, könnte er oder sie geradeso gut zu Hause bleiben. Er oder sie weiss nicht, wen er gewählt hat. Wie das?

Der Thurgau hat Anspruch auf sechs Sitze im Nationalrat. Eine Liste oder eben eine Listenverbindung erhält direkt einen Sitz zugesprochen, wenn sie 14,3 Prozent (ein Siebtel) der Listenstimmen auf sich vereint. So ergatterte bei den letzten Wahlen die damalige Listenverbindung von GLP/BDP/EVP/EDU mit 16,6 Prozent Listenstimmen einen Sitz. Die GLP mit 5,2 Prozent der Stimmen bekam ihn. Die BDP in der gleichen Listenverbindung mit 5,0 Prozent ging leer aus und die allein kandidierende FdP mit 11,2 Prozent der Stimmen ebenfalls. Die CVP erreichte mit 14,4 Prozent genau einen Sitz, die SP zusammen mit den Grünen ebenfalls einen Sitz. Die SVP mit 38,7 Prozent der Wählerstimmen errang zwei Sitze direkt und zudem das Restmandat, da sie am meisten Reststimmen auf sich vereinigte.

Wenn nicht gewaltige Verschiebungen stattfinden, dürfte die Blackbox genug Stimmen erhalten, um zwei Sitze zu beanspruchen. Damit dürfte je ein Sitz an die CVP

und an die FDP gehen. Vermutlich zu Lasten der GLP (im gleichen Bündnis!) oder – bei einem Zulegen der GLP – zu Lasten der SVP. Schlussfolgerung: Jeder Wähler, jede Wählerin der EVP, der BDP oder vermutlich auch der GLP hilft damit der FDP ihren Sitz zurückzuerobern.

Als optimistischer SP-Wähler träume ich natürlich auch von einem anderen Szenario. Viele Wählerinnen und Wähler überlegen sich gut, welche Liste sie bevorzugen oder welche Namen sie auf ihre Liste schreiben (jeder Name ist eine Listenstimme!). Sie gehen davon aus,

Das ist wie eine Blackbox.

dass die SVP und der Bürgerblock mit je zwei Nationalräten und zudem noch mit beiden Ständeräten in Bern eigentlich sehr gut vertreten sind. Fortschrittliche Wählerinnen und Wähler, die letztes Mal GLP, EVP oder BDP gewählt haben, legen die Listen der Grünen, der SP ein. Wenn einige Wählerprozent mehr auf die fortschrittliche Seite wechseln, könnten erstmals eine SP-Nationalrätin und ein(e) grüne(r) Nationalrat/-rätin den Thurgau in Bern zusammen vertreten. Träumen ist erlaubt.

Ruedi Buzek, Präsident SP Thurgau 1990–1996



Illustration: Igor Kravarik, September 2015

«Die Sozialhilfe ist unter grossem Druck»

SEIT GUT EINEM JAHR LEITET FELIX WOLFFERS ZUSAMMEN MIT THERESE FRÖSCH DIE SCHWEIZERISCHE KONFERENZ FÜR SOZIALHILFE (SKOS). DANK REFORMEN HAT SICH DEREN AKZEPTANZ SEITHER KLAR VERBESSERT. DOCH DER DRUCK AUF DIE SOZIALHILFE BLEIBT HOCH UND ES BRAUCHT BEDEUTENDE MITTEL FÜR DIE BILDUNG.

Heute hat die SKOS ein klar linkes Präsidium. Wirkt sich das auf ihre Akzeptanz aus?

Die Akzeptanz hängt vor allem davon ab, dass die SKOS als Fachorganisation eine hohe Glaubwürdigkeit hat. Die Sozialhilfe ist unter grossem Druck. Wichtig war deshalb, die Kritik ernst zu nehmen und die Diskussion zu versachlichen. Wir haben sehr rasch ein Reformpaket aufgegleist, was dazu geführt hat, dass sich die Glaubwürdigkeit der SKOS deutlich verbessert hat. Wir sind aber noch nicht über den Berg. Angriffe auf die Sozialhilfe und damit auf die sozial Schwächsten gibt es nach wie vor in vielen Kantonen und Gemeinden, insbesondere auch im Kanton Bern.

Welche Reformen habt ihr ergriffen?

Wir haben rasch die Zusammenarbeit mit der Sozialdirektorenkonferenz intensiviert. Die SODK übernimmt nun mehr politische Verantwortung für die Unterstützungsrichtlinien, was das SKOS-Regelwerk stärkt. Auf Anfang nächstes Jahr tritt eine ganze Reihe von Reformen in Kraft, welche die SKOS auf der Grundlage einer Mitgliederbefragung erarbeitet hat. Wir bauen zudem die Dienstleistungen für die Mitgliedsgemeinden der SKOS aus.

Gemeinden wie Köniz wollen sich nicht mehr an die SKOS-Richtlinien halten. Es werde zu grosszügig gerechnet. Bröckelt die Solidarität wegen steigender Kosten?

Steigende Kosten sind für viele Gemeinden ein grosses Problem und erhöhen den Druck auf die Sozialhilfe. Dabei wird übersehen, dass die Sozialhilfe ein sehr kostengünstiges System ist. Sie macht weniger als zwei Prozent der Gesamtaufwendungen für die soziale Sicherheit in der Schweiz aus. Mit diesem bescheidenen Anteil wird die Exis-



«Es gibt immer mehr Personen, die über eine längere Zeit unterstützt werden müssen, weil der Arbeitsmarkt sie nicht mehr will.»

FELIX WOLFFERS

tenz von mehr als 250 000 Personen gesichert. Zudem: Die Leistungen der Sozialhilfe liegen deutlich unter den Ansätzen der Ergänzungsleistungen oder des betriebsrechtlichen Existenzminimums.

Der aktuelle Bericht zur Sozialhilfe in Schweizer Städten legt einen Schwerpunkt auf die Langzeitbeziehenden. Was sind die Erkenntnisse für die Stadt Bern?

Die Studie bestätigt einen Trend, den wir in Bern seit einigen Jahren feststellen: Es gibt immer mehr Personen, die über eine längere Zeit unterstützt werden müssen, weil der Arbeitsmarkt sie nicht mehr will; und weil sie wegen der verschiedenen IV-Revisionen auch keine Rente mehr erhalten. Die Zahl der IV-Neurenten hat sich in den letzten Jahren halbiert, die IV hat sich so finanziell saniert. Das führt umgekehrt aber zu steigenden Kosten in der Sozialhilfe und damit zu einer Verlagerung der finanziellen Lasten vom Bund auf die Gemeinden.

Bund, Kantone, Gemeinden – für alle steht ihre Kasse im Vordergrund und die sozial Schwächsten werden herumgeschoben?

Das hängt davon ab, wie gut der finanzielle Lastenausgleich unter den Gemeinden spielt. Im Kanton Bern haben wir eine sehr gute und gerechte Verteilung der Lasten, deshalb gibt es kein Abschieben von Bedürftigen in andere Gemeinden. Anders sieht die Situation beispielsweise im Kanton St. Gallen aus, wo es wegen des ungenügenden Lastenausgleichs eine menschenunwürdige Ausgrenzung von unterstützten Personen gibt. Aber aufgepasst: Mit verschiedenen erst kürzlich eingereichten Vorstössen wollen bürgerliche Mitglieder des Grossen Rats die Lastenverteilung im Kanton Bern aushöhlen.

Die Sozialhilfequote in den grossen Städten ist traditionell höher als auf

dem Land, aber in den letzten Jahren stabil bei etwa 5 Prozent der Bevölkerung geblieben. Neu verlagert sich die Sozialhilfeabhängigkeit in die Agglomerationsgemeinden. Warum?

Heute hat beispielweise Ostermündigen eine doppelt so hohe Sozialhilfequote wie die Stadt Bern. Dies ist vor allem eine Folge der Verknappung von günstigem Wohnraum in den Zentren. Wer eine günstige Wohnung braucht, findet diese oft nicht mehr in der Stadt selbst, sondern muss auf die umliegenden Gemeinden ausweichen.

Die Erwerbslosenquote ist bei niedrig Qualifizierten deutlich angestiegen. Warum?

Fast zwei Drittel der unterstützten Erwachsenen haben keinen Berufsabschluss. Umgekehrt werden auf dem Arbeitsmarkt in erster Linie Fachkräfte gesucht und es gibt immer weniger Stellen für Unqualifizierte. Die reale Arbeitslosigkeit für Personen ohne Berufsabschluss liegt heute bereits bei etwa 10 Prozent. Wer keinen Berufsabschluss hat und zudem gesundheitliche oder sprachliche Defizite, findet kaum mehr eine Stelle.

Es braucht also dringend Investitionen in die Bildung?

Ja, unbedingt. Und ein zusätzliches Problem ist die sehr hohe Nichterwerbsquote im Asylbereich. Die grosse Mehrzahl der Asylsuchenden verfügt über keinen Berufsabschluss. Die Stadt Bern unternimmt bereits heute sehr viel für die berufliche Integration von Stellenlosen. Das reicht aber nicht. Es braucht vor allem von Bund und Kantonen zusätzliche bedeutende Anstrengungen und Finanzmittel, um in den nächsten Jahren die grosse Zahl von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Interview: Marieke Kruit, Stadträtin Bern

**SP wählen für
sichere Renten**



Ständeratsmenu nur teilweise geniessbar

IN DER HERBSTSESSION HAT DER STÄNDERAT AM REZEPT FÜR DIE RENTENREFORM 2020 GETÜFTELT UND HINTERHER EIN MENU AUFGETISCHT, BEI DEM EINIGE GÄNGE SO SCHWER VERDAULICH WAREN, DASS SIE VON JEDEM GASTRONOMIEKRITIKER ALS UNGENIESSBAR ABGESTRAFT WÜRDEN. ANDERE GRÜSSE AUS DER KÜCHE WAREN HINGEGEN DURCHAUS SCHMACKHAFT.

Die Speisekarte wurde von der kleinen Kammer praktisch unverändert auf den Rezepten ihrer «Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit» aufgebaut. Immerhin ist es dem Ständerat gelungen, das Menu als zusammenhängendes Ganzes und nicht in Einzelteile zerlegt zu kredenzen. Dabei setzte sich die wichtigste Einsicht durch: Jene am Ende der Nahrungskette, die Rentenempfänger_innen, wollen und müssen wissen, wie hoch ihr Ruhegehalt insgesamt sein wird.

Diese matchentscheidende Frage stand in der Beratungsphase denn auch im Zentrum der Überlegungen. Erfreulich ist, dass die wesentlichsten Ziele erreicht wurden: die künftige Finanzierung der Renten und die Erhaltung der Rentenhöhe. Diese zwei Teilerfolge machen das Menu immerhin teilweise geniessbar.

Volk gegen Senkung des Umwandlungssatzes

Nahezu unverdaulich ist dagegen, dass der Ständerat dem Bundesrat ergeben gefolgt ist und die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 Prozent auf 6,0 Prozent mehrheitlich akzeptiert hat. Das bedeutet nicht nur, dass die Versicherten mit einer empfindlichen Renteneinbusse rechnen müssen, sondern auch, dass der bürgerlich dominierte Ständerat ein früheres Abstimmungsergebnis kaltschnäuzig ignorierte. Mit einem wuchtigen Nein hat das Volk 2010 nämlich eine Senkung des Umwand-

lungssatzes abgelehnt – obschon es damals «nur» um eine Reduktion von 0,6 Prozent ging. Das Verdikt des Souveräns liess keine Fragen offen: 72,7 Prozent sprachen sich gegen dieses Ansinnen aus. Dass jetzt der Ständerat, nur gut fünf Jahre später, jenes eindeutige Resultat einfach unter den Tisch wischt und uns eine Senkung um 0,8 Prozent servieren möchte, macht diesen Gang zur schweren Kost. Dieses Argument behalten wir als wichtigen Trumpf in der Hinterhand, wenn wir das Geschäft in der nationalrätlichen Kommission beraten werden.

Frauenrentenalter 65 nur bei Lohngleichheit

Eine andere Speise ist schlicht ungeniessbar. Die Rede ist von der Erhöhung des Frauenrentenalters von 64 auf 65 Jahre. Die SP hat seit der Ankündigung der bundesrätlichen Pläne unmissverständlich darauf gepocht, dass zuerst deutliche Schritte zur Lohngleichheit erfolgen müssen, ehe die SP einer Anhebung des Frauenrentenalters zustimmt. Unsere Bedingung für ein Ja in diesem Geschäft gilt unverändert. In der SGK des Nationalrats wird man uns aufzeigen müssen, ob diese Auflage erfüllt ist. Wir wissen, dass wir auf eine starke Lobby von Frauenorganisationen zählen können, die uns in diesem Kampf unterstützen.

Darüber hinaus hat der Ständerat die Mehrwertsteuer weniger stark angehoben als vom Bundesrat ge-

fordert, nämlich nur um 1 Prozent. Die Lohnbeiträge steigen so um 0,3 Prozent, wovon nur die Hälfte den Arbeitnehmenden belastet wird.

Die Stimmenden entscheiden!

Der feinste Teil des Menus – das Dessert – sei für den Schluss aufgehoben: Erstmals seit 20 Jahren werden die AHV-Renten für Neurentnerinnen und Neurentner erhöht. Sie sollen pro Monat 70 Franken mehr erhalten. Zusammen mit dem von 150 auf 155 Prozent angehobenen Plafond für Ehepaar-Renten führt diese Massnahme zu einer verbesserten AHV-Rente von monatlich bis zu 226 Franken pro Paar.

Die National- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober sind auch für den weiteren Verlauf der Rentenreform 2020 ganz entscheidend. Nur ein gestärktes linkes Lager kann verhindern, dass die rechtsbürgerliche Seite unter der Führung von SVP und FDP das Reformpaket zerpfückt und die unter dem Strich tragfähigen Entscheide des Ständerats kippt. Dies sollte für alle ein zusätzlicher Motivationsschub für die Wahlen sein. Am 18. Oktober werden die Stimmenden entscheiden, ob die AHV-Renten erhöht werden oder ob sich das Abbau-Konzept der Rechtsbürgerlichen durchsetzt, zumal die konservativen Kreise auch in einem anderen Bereich auf die Senior_innen zielen: bei der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre.

Silvia Schenker, Nationalrätin BS

**«Erfreulich
ist, dass
unsere
wesentlichen
Ziele
erreicht
wurden.»**

Welcome to democracy

«JETZT SONG KAUFEN ... WELCOME TO SVP» STAND KÜRZLICH AUF DER TITELSEITE VON 20 MINUTEN. DAMIT NICHT GENUG: AUCH DIE ZWEITE SEITE DER MEISTGELESENEN ZEITUNG DER SCHWEIZ WAR EIN SVP-INSERAT. KOSTENPUNKT: RUND 130 000 FRANKEN.

Auch die FDP leistet sich seit bald einem Jahr ganzseitige Inserate in den Sonntagszeitungen. Kostenpunkt: ebenfalls hunderttausende Franken. Was den Verlagen das Überleben erleichtert, wirft die demokratisch höchst relevante Frage auf: Wer bezahlt das alles?

Immer mehr Geld ohne Absender

Machen wir uns nichts vor: Parteien sind keine Goldesel. Dennoch können sie immer mehr Geld für Wahl- und Abstimmungskampagnen ausgeben – vermehrt auch für neue Werbeformen im Internet. Damit beeinflussen Parteien (respektive deren geheime Geldgeber) die Meinungsbildung. Was laut einer Studie der Uni Zürich auch gelingt. Das politische Profil des Geldes sei alles andere als neutral, kam die Untersuchung im Auftrag des Justizdepartementes zum Schluss. Und: Das Geld liege bei Abstimmungen und Wahlen gleichermassen klar rechts der Mitte. Die Studie zeigt zwar auf, dass bis jetzt kein Wahl- oder Abstimmungssieg nur mit Geld «ge-

kauft» wurde. Sollten die Kampagnenkosten aber weiter steigen, sind wir nicht mehr weit davon entfernt. «Wenn eine Partei oder ein Abstimmungslager zehn- oder zwanzigmal mehr Geld zur Verfügung hat als die anderen, wird es aus demokratietheoretischer Sicht langsam prekär», sagte der Politologe Thomas Milic im Sommer zum Tages-Anzeiger.

Es ist also im Interesse unserer Demokratie, Transparenz zu schaffen. Dass wir Linken dazu bereit sind, zeigt eine aktuelle SRG-Umfrage: 92 Prozent der 25 angefragten SP-Kantonalparteien legten ihr Wahlkampfbudget offen. Bei der SVP waren es 50 Prozent, bei der FDP bloss 36 Prozent. Freiwilligkeit reicht also nicht. Für mehr Vertrauen in die Politik braucht es für alle dieselben verbindlichen Regeln.»

Schweiz in Sachen Transparenz ein Entwicklungsland

Apropos Transparenz: Transparency International nennt die Schweiz punkto Parteifinanzien «ein Entwicklungsland mit grossem Verbes-

serungspotenzial». In der Mehrzahl der westlichen Demokratien wurde seit den 1960er-Jahren nämlich sukzessive mit offeneren Karten gespielt. Nachdem letztes Jahr auch noch Schweden Transparenz schuf, sind wir die letzten Geheimniskrämer. Entsprechend wurde die Schweiz von der Greco (Staatengruppe gegen Korruption) mehrfach gerügt. Von der Reaktion darauf – die der Bund bis Frühling ausarbeiten muss – darf man sich aber nichts erhoffen. Und zwingen kann uns die Greco zu nichts. Trotz allen gegenteiligen Behauptungen des Bundesrates zeigen mehrere Kantone, dass Transparenz unserem politischen System nicht widerspricht: Nebst Neuenburg (seit 2013) kennen auch das Tessin (seit 1998) und Genf (seit 1999) Transparenzregeln.

Ohne Initiative geht leider nichts

In den letzten Jahrzehnten wehrte sich die Bundesversammlung wiederholt gegen mehr Transparenz. Zuletzt wurde gar der Vorschlag von Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga für eine freiwillige Offenlegung der Parteifinanzien von den Bürgerlichen abgeschmettert. Ganz anders tönt es dazu aus dem Volk: Rund zwei Drittel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger wollen laut repräsentativen Umfragen Licht ins Dunkel bringen. Deshalb ist es höchste Zeit, dass wir diesen Stimmen Gehör verschaffen und eine Transparenz-Initiative lancieren. Stossrichtung müsste sein: Wir wollen keine Spenden verbieten, fordern auch nicht die Offenlegung aller Spenden (wie etwa die USA). Sind Zuwendungen aber so hoch, dass Abhängigkeiten entstehen, gehören sie offengelegt. Es ist höchste Zeit, dass die oft als demokratischstes Land gepriesene Schweiz hier endlich nachzieht. Getreu dem Motto «welcome to democracy!» – auch ohne Inserat auf der «20-Minuten»-Titelseite.

Ohne Initiative geht leider nichts

Nadine Masshardt, Nationalrätin BE



Ab ins Altpapier: SVP-Inserat auf der Titelseite von «20 Minuten».

SP wählen für die Energiewende

AKW abschalten. Energiezukunft gestalten

Das alte Wasserkraftwerk in Rheinfelden war das erste grosse Niederdruck-Wasserkraftwerk der Welt.

DIE ENERGIEWENDE IST EIN JAHRHUNDERTPROJEKT. OB SIE TATSÄCHLICH ZU STANDE KOMMT, HÄNGT AUCH VOM WAHLAUSGANG AM 18. OKTOBER AB.

Während ich diese Zeilen schreibe, debattiert der Ständerat das erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050. Es ist ein Jahrzehnteprojekt – wenn nicht sogar ein Jahrhundertprojekt –, die sichere und umweltverträgliche Energiezukunft unseres Landes zu gestalten. Auch wenn der Ständerat vom eingeschlagenen Kurs nicht grundsätzlich abweichen wird, das Ziel ist damit noch nicht erreicht. In diesem jahrelangen Prozess wird es auch immer wieder Irrungen geben. Das beweist das gebeutelte Japan. Vor ein paar Wochen hat die japanische Regierung – mit der Erfahrung eines Super-Gaus im eigenen Land – wieder ein AKW in Betrieb genommen. Die Begründung war, dass die Energieversorger «ökonomisch leiden» würden, weil alle japanischen AKWs nach Fukushima abgeschaltet wurden.

Ökonomische Gründe gegen Lebensdienlichkeit ausspielen, das ist oft der Fall in der Politik. Das ist immer falsch, denn eine Regierung sollte mit dieser Vor-Ort-Erfahrung verstehen, dass eine Technologie, die im Extremfall die Lebensgrundlagen der eigenen Bürgerinnen und Bürger zerstört, nicht mehr in Betrieb genommen werden darf. Wer wirklich eine sichere und zukunftsfähige Energieversorgung aufbauen will, muss die Atomenergie abschalten.

«Die Wahlen entscheiden daher auch über die Fortsetzung der Energiewende.»

Atomausstieg bleibt harzig

Unser Bundesrat hat nach Fukushima eine richtige Entscheidung gefällt: die Atomtechnologie hat in der Schweiz keinen Platz mehr. Es dürfen keine neuen Bewilligungen für Atomkraftwerke erteilt werden. Der Nationalrat hat sich in der Folge der Frage zugewandt, wie wir mit den bestehenden, sehr alten Schweizer AKWs weiter verfahren wollen. In Übereinstimmung mit Erkenntnissen der Aufsichtsbehörde (ENSI) hat der Nationalrat festgestellt, dass alte Schweizer AKWs zwingend eine erhöhte Sicherheitsmarge brauchen. Ebenso haben wir festgestellt, dass unsere Aufsichtsbehörde genau diese erhöhte Sicherheitsmarge nicht durchsetzen kann. Die Folge war, dass die Mehrheit des Nationalrates sehr weise verlangt hat, dass Betreiber bei alten Atomkraftwerken in einem Langzeitbetriebskonzept die erhöhte Sicherheitsmarge nachweisen und die zusätzlichen Sicherheits-Investitionen fristgerecht auslösen müssen, wenn sie weiter die Atomkraft nutzen wollen. Die vorberatende Kommission des Ständerates will diesen politischen Kompromiss nicht weiterverfolgen. Die Kommission irrt im gleichen Sinne wie die japanische Regierung. Bei der Atomenergie gibt es im Extremfall keine Korrekturmöglichkeit mehr: Die Lebensgrundlagen wer-

den zerstört. Deshalb ist alles zu unternehmen, damit dieses Risiko rasch beseitigt wird. Geplant abschalten ist die beste Option. Keine Option ist, die blinde Atompolitik der letzten Jahre weiterzuführen und die Erkenntnisse von Fukushima weiter zu ignorieren.

Wende auch nach den Wahlen

Diese kleine Darstellung der Irrungen im Ständerat und in Japan zeigen, dass die Energiewende mit dem ersten Massnahmenpaket nicht abgeschlossen ist. Die Wahlen entscheiden daher auch über die Fortsetzung der Energiewende. Immer wieder heisst es, die Energiewende finde wegen der technologischen Entwicklungen oder wegen der Marktentwicklungen so oder so statt. Das stimmt nicht. Die Energiewende findet statt, wenn die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass Unternehmen und Private in mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien investieren – und dies über Jahre. Diese verlässlichen Rahmenbedingungen werden von der SP gestaltet, entwickelt und zu politischen Mehrheiten geführt. Die ökologische Transformation der Energieversorgung gelingt nach dem 18. Oktober nur mit einer starken SP-Bundeshausfraktion.

Eric Nussbaumer, Nationalrat BL

«Entscheidend ist, wem der Boden gehört»

JÄHRLICH STEIGEN IN STÄDTEN UND AGGLOMERATIONEN DIE MIETEN. DIE WOHNUNGSNOT IST GROSS. AUF EINEM RUNDGANG DURCH ZÜRICH WEST ERKLÄRT JACQUELINE BADRAN, WESHALB SIE SICH BEREITS SEIT JAHREN FÜR DEN GEMEINNÜTZIGEN WOHNUNGSBAU UND STAATLICHE WOHNUNGEN EINSETZT.

Es ist Freitagabend, die Bars entlang der Limmat gut gefüllt. Auch vor dem Dynamo am oberen Letten haben sich gut zwei Dutzend Interessierte versammelt, um sich von Jacqueline Badran durch Zürich West führen zu lassen. Der Ort ist nicht zufällig gewählt. Das Jugendkulturhaus Dynamo musste in den 80er-Jahren hart erkämpft werden. Auch Badran war dabei, als sich in Zürich eine Jugendbewegung formierte und auf den Strassen für mehr Kultur und freie Räume kämpfte. Diese Zeit hat sie geprägt. Über ein Jahr lang hat sie während der Immobilienkrise in den 90er-Jahren nach einer Wohnung gesucht, jede Nacht in einer anderen WG übernachtet. Dennoch: «herausgentrifzieren» lassen, das habe sie sich nie.

Ein paar Schritte weiter erklärt die Nationalrätin weshalb sie bereits vor 30 Jahren überzeugt gewesen sei, dass es wichtiger ist, Boden zu

besitzen als ihn zu besetzen. «Boden ist wie Wasser oder Luft, ein essenzielles Gut. Niemand soll jemandem Gewinne abliefern müssen für ein Gut, das man zwangskonsumieren muss.» Und: «Entscheidend ist, wem der Boden gehört, den Profit- oder den Nichtprofitorientierten». Seit Jahren setzt sich Badran deshalb für den gemeinnützigen Wohnungsbau, staatliche Wohnungen und Genossenschaften ein.

Das Argument, städtische Wohnungen würden zu günstig vermietet und seien daher indirekt subventioniert, sei «kreuzverkehrt», meint Badran. Im Gegenteil, die Stadt mache mit ihren Wohnungen und Baurechten «Big Business». Tatsächlich hat die Stadt Zürich südlich des Letten-Viadukts bereits vor Jahren kostengünstig Land erworben, an Genossenschaften im Baurecht weitergegeben und verdient heute daran. «Nicht die gemeinnützigen

VOLKSINITIATIVE «MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN»

Trotz reger Bautätigkeit herrscht in der Schweiz Wohnungsnot. Die Mietpreise schiessen in den Städten und Agglomerationen ungebremst in die Höhe. Familien, ältere und junge Menschen finden oft keine bezahlbare Wohnung mehr. Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Gegensteuer geben. Sie verpflichtet Bund und Kantone, den preisgünstigen Wohnungsbau zu fördern, und entzieht den knappen Wohnraum der Spekulation und dem Renditedruck. Die Initiative kann ab sofort auf www.spschweiz.ch/wohnen unterschrieben werden.

Mieten sind zu niedrig, die Mieten der Profitorientierten sind zu hoch», erklärt Badran. Dies zeige sich auch auf der gegenüberliegenden Seite des Viadukts, dort, wo seit 2011 der 126 Meter hohe Prime Tower in die Höhe ragt. Unter 3800 Franken findet sich hier keine 3,5-Zimmer-Wohnung. Die Stadt finanziert die Infrastruktur: 50 Millionen für die Velobrücke, 14 Millionen für den Park, über 80 Millionen für das Tram. Hinzu kommen Kapital- und Unterhaltskosten jährlich in Millionenhöhe. Der Wert der Immobilien schiesst dank der staatlich finanzierten Infrastruktur ungebremst in die Höhe. «Das ist unhaltbar», ärgert sich Badran, «die Immobilienbranche gehört zu den am stärksten subventionierten Branchen überhaupt.» Für die Stadt bedeute dies nur «Cash out», meint sie – und verschwindet mit ihrer Gruppe in einem der alternativen Restaurants in Zürichs Westen.





«Eine Liebeserklärung an die Sommeruni»

AUF FAST 2000 METER HÖHE TRAFEN SICH AUCH DIESES JAHR WIEDER ÜBER HUNDERT SP-MITGLIEDER UM GEMEINSAM ÜBER DIE ZUKUNFT DER PARTEI UND DER SCHWEIZ ZU DISKUTIEREN. NEBST THEMEN WIE EUROPA, WOHNPOLITIK ODER SERVICE PUBLIC KAM AUCH DAS FRÖHLICHE BEISAMMENSEIN NICHT ZU KURZ. LINKS HAT DREI TEILNEHMER_INNEN GEFRAGT, WIE SIE DIE SOMMERUNI 2015 ERLEBT HABEN.



DIMITRI MORETTI

Landrat und Regierungsratskandidat UR
Da ich letztes Jahr bereits teilgenommen hatte, wusste ich, was mich erwartete. Ich freute mich auf das et-

was in die Jahre gekommene Grand Hôtel in Chandolin – ein idealer Ort für Sozialdemokrat_innen aus allen Landesteilen. Mit der nötigen Distanz zum täglichen Geschehen lässt sich dort gut über die Grundlagen unserer Partei diskutieren, über aktuelle Themen sprechen oder Konkretes für die politische Arbeit lernen. Neben den täglichen Kursen sind vor allem die Kontakte mit den Genossinnen und Genossen aus verschiedensten Sektionen eine Bereicherung. Man erfährt, wen wo der Schuh drückt oder wer welche Erfolge verbuchen konnte und wie. Diese Gespräche sind sehr motivierend für meine weitere Arbeit. Zu meinen persönlichen Highlights der Sommeruni 2015 zähle ich zwei Kurse und ein Gespräch. So konnte ich vom sehr praktisch aufgebauten Kurs «Sparpakete und Steuerpolitik» von Franziska «Rosso» Roth viel für meine Arbeit im Urner Landrat mitnehmen. Bei Michael Sorg habe ich unter dem Titel «Öffentlichkeitsarbeit» Wichtiges über die Schweizer Medienlandschaft gelernt. Dieser Kurs und ein längeres Gespräch mit einer leider in den Regierungsratswahlen gescheiterten SP-Kandidatin haben mich viel Nützliches für meine eigene Regierungsratskandidatur im Kanton Uri gelehrt. Ob ich mit meiner Kandidatur reüssiere, sehen wir im Februar 2016. Sicher aber ist: Ich kann jetzt twittern.



MATTEA MEYER

Kantonsrätin ZH, ehemalige Organisatorin JUSO-Sommerlager
Meine ersten Erinnerungen an das Grand Hôtel Chandolin sind getrübt. Denn als die

JUSO zum ersten Mal ihr Sommerlager in diesem altherwürdigen Hotel im Val d'Anniviers durchführte, wurde nur eine Woche zuvor ein grausamer Anschlag auf unsere norwegischen Genossinnen und Genossen auf Utoya verübt. Seit Jahrzehnten verbrachten Generationen von Politikerinnen und Politikern ihren Sommer auf dieser Insel in der Nähe von Oslo – der Premierminister ebenso wie die 16-jährige Schülerin. Die Idee, einen Ort zu haben, der die Erinnerungen und Geschichten einer politischen Bewegung prägt, gefällt mir sehr. Denn es sind gemeinsame Erlebnisse, die eine Partei zu dem machen, was sie sein soll: eine politische Heimat. Die Sommeruni der SP in Chandolin ist für mich ein solcher Ort. Mit Blick auf das Matterhorn lässt es sich bestens einen Schritt vom hektischen Politalltag zurücktreten. Es sind die Diskussionen über Visionäres und Konkretes, der Austausch von polithandwerklichen Erfahrungen, die Erzählungen über alte Parteigeschichten, die abendfüllenden Jassturniere, die Begegnungen mit Genossinnen und Genossen aus der ganzen Schweiz, die 4-Sterne-Küche und vieles mehr, das die Sommeruni zu wunderschönen Sommertagen werden lässt. Spätestens wenn morgens um drei Uhr die Wachgebliebenen «Bella Ciao» mitsingen oder zu Manu Chao tanzen, weiss ich, dass Chandolin unsere Insel ist und fester Bestandteil der SP werden soll.



BEAT JANS

Nationalrat BS

Einfach mal abheben, um mich weiterzubringen. Ich nahm meine beiden Töchter ins Schlepptau, drei Rucksäcke, den Lap-

top und freute mich, die Basler Augusthitze im Tal zurückzulassen. Ab nach Chandolin zur Sommeruni, um auf 2000 Meter Höhe mit Genossinnen und Genossen zu philosophieren! Wie sich rasch zeigte, war das ein Volltreffer. Für die Kinder wurde bestens gesorgt. Während sie im Föhrenwald unter Aufsicht «lustiger» (wie sie sagten) Jusos Pfeilbogen schnitzten, durfte ich mich über Dinge austauschen, die eigentlich immer zu kurz kommen, und Menschen kennen lernen: erstaunliche, engagierte, gleichgesinnte und doch völlig anders gewickelte. Für mich steht fest: Die Sommeruni funktioniert. Mit Blick auf die Walliser Berggipfel lässt sich besser diskutieren als im Alltagsstress von Bern oder Basel. Die Ansichten und Probleme von jungen und alten SP-Leuten aus entlegenen Bergtälern, aus Agglomerationen, aus geschäftigen Städten, aus streng bürgerlich dominierten oder aus links regierten Regionen zusammenzubringen, öffnet den Horizont erst recht. Und es begeistert zu realisieren: Wir alle engagieren uns für dieselbe Sache, ziehen am selben Strick, jede und jeder an seinem Ort, auf ihre Weise, in ihrer Sprache, mit seinen Möglichkeiten. Und doch tun wir es zusammen. Die Sommeruni ist ein Erlebnis. Danke, Leyla, Ladina, Kristina und Simon, und allen andern, die dazu beigetragen haben! Ich komme wieder.

Grundeinkommen: Gefahr oder Inspiration?

IM NÄCHSTEN JAHR KOMMT DIE VOLKSINITIATIVE FÜR EIN BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN ZUR ABSTIMMUNG. DAS DENKNETZ HAT DAZU EIN BUCH HERAUSGEGEBEN.

Der Vorschlag eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) weckt auf linker Seite ebenso viel Begeisterung wie Ablehnung. Den einen gilt das BGE als Befreiung von entfremdeter Arbeit, den anderen als neoliberal eingefärbte Ablassprämie für die «Überflüssigen». Das neue Denknetz-Buch unternimmt eine kritische Sichtung der BGE-Initiative und leuchtet gleichzeitig aus, wie die emanzipatorischen Impulse für eine fortschrittliche Politik fruchtbar gemacht werden können.

Das Buch fächert die Diskurslandschaft rund um das BGE breit auf und will den Leserinnen und Lesern ermöglichen, die Diskussion informiert zu führen und die Poten-

ziale wie auch die Gefahren sachlich abzuwägen. Gibt es dank dem bedingungslosen Grundeinkommen mehr Gerechtigkeit, Gleichheit und Inklusion? Welches sind die Bedingungen, die an ein bedingungsloses Grundeinkommen zu stellen wären, wenn es ein emanzipatives Projekt sein soll? Darf die bedingungslose Existenzsicherung nur materiell verstanden werden oder braucht es ebenso eine bedingungslose Sicherung des gleichberechtigten Zugangs zu den öffentlichen Diensten und Infrastrukturen? Wie kann erreicht werden, dass ein BGE allen Bewohner_innen zugute kommt, kein Sozialabbau ausgelöst wird und die Finanzierung mit einer Rück-



verteilung des Reichtums von oben nach unten einhergeht? Unter dem Stichwort «Care-Gesellschaft» skizzieren wir, wohin die Reise gehen soll und muss. Im Sinne eines Mosaik-BGE präsentieren wir zudem zwei Reformvorschläge: zum einen das Modell einer garantierten Grundversicherung für alle im Rahmen der allgemeinen Erwerbsversicherung AEV und zum anderen das Modell des bedingungslosen Sabbaticals für alle.

Das Buch erscheint Ende Oktober. Denknetz-Mitglieder erhalten es kostenlos nach Hause geschickt. Die Buchvernissage findet am 30. November um 19.15 Uhr im Berner Käfigturm statt.

NEUE DENKNETZ-BÜCHER

- **Würde, bedingungslos: Wie die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen fruchtbar gemacht werden kann.** Erscheint Ende Oktober.
- **Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens.** Mit Beiträgen u. a. von Chantal Mouffe, Hans Baumann, Robert Fluder, Heinz Gabathuler, Stefan Giger, Lorenz Glatz, Roland Herzog, Ueli

Hostettler, Oliver Hümbelin, Ben Jann, John Kannankulam, Urs Marti, Marina Richter, Beat Ringger, David Salomon, Birgit Sauer, Sarah Schilliger, Bernhard Walpen, Stefanie Wöhl, Pit Wuhrer, Pascal Zwicky. Erscheint Mitte Oktober. Die Bücher sind im Buchhandel erhältlich. Mitglieder erhalten sie kostenlos. Der Beitritt zum Denknetz ist online möglich unter www.denknetz.ch.

VERANSTALTUNGEN

IM «DENKNOVEMBER» 2015

- **Vernissage zum Denknetz-Jahrbuch 2015**

Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens. Mo., 16.11, 19.30–21 Uhr, Restaurant Zeughaushof, Kanonengasse 20, Zürich. U. a. mit Stefanie Wöhl (angefragt), Birgit Sauer (angefragt), Bernhard Walpen

- **Denknetz-Seminar Schweiz: Woher? Wohin?** Mit Jakob Tanner, Historiker, Prof. em. Universität Zürich. Do., 19.11, 17.30–21.30 Uhr, Universität Zürich
- **Buchvernissage.** Würde – bedingungslos. Das Mosaik-BGE. Mit Ruth Gurny, Oswald Sigg, Beat Ringger. Mo., 30. November, 19.15 Uhr, Käfigturm Bern.

POLITISCHE RÄNZLER AUF YOUTUBE

Bei lustigen Wahlkampf-Filmchen denkt man wehmütig an Marco Fischer zurück, den Vater aller Fremdschämer. Ihm war die Übung 2009 sichtlich unangenehm. Eine selbstkritisch-realistische Haltung, die jüngsten Werken leider abgeht, genau wie die dadurch erzeugte feine Komik. Heuer ist Sauglattismus beabsichtigt: Tiere, (falsch) singende Familien, hanebüchene Kalauer und Schauspielern deutlich unter Reality-Soap-Niveau.

Dabei wird Selbstironie oft mit politischer Selbstdemontage verwechselt. Man stelle sich den Wähler beim Ausfüllen seines Wahlzet-

tels vor: «Hahaha, dieser Typ hat sich online so was von zum Affen gemacht, oberpeinlich! Von ihm möchte ich regiert werden». Echt jetzt? Oder wenn der Gewählte der-einst nach Brüssel reist, um denen zu zeigen, wo Bartli den Moscht holt – hilft es dann wirklich, wenn ihn Junker schon mal auf Youtube gesehen und sich dabei einen Schranz gelacht hat?

Schon jetzt hat uns dieser Wahlkampf eines gelehrt: Wer ein lustiges Wahl-Filmchen dreht, bewegt sich auf dünnem Eis. Genau genommen ist da eigentlich gar kein Eis, das einem trägt, sondern höchstens die Oberflächenspannung des Wassers.

STEFAN KRATTIGER

ROT STICH

Eigentlich logisch, dass die eine oder der andere einen politischen «Ränzler» hinlegt: Den Schmerz nimmt man in Kauf – Hauptsache, es sieht lustig aus und alle lachen. Apropos: Es gibt ja auch noch Milliarden Christoph B., der vor seiner Mega-Villa mit Mega-Aussicht einen «Ränzler» in seinen Mega-Pool macht. Zugegeben, der Clip ist handwerklich gelungenen und musikalisch läufig. Und aktuell: Millionen sind auf der Flucht vor Hunger und Krieg, schwimmen im Mittelmeer um ihr Leben. Ohne flauschigen Bademantel. Selbst wenn die Selbstironie richtig dosiert ist, kann einem immer noch das Timing in die Quere kommen.

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Protokollführung D1.8.1515
12. – 13.10, Seminarhaus Boldern, Männedorf ZH
Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls. Referent: Gerhard Friedl (Erwachsenenbildner)

Wie funktioniert unsere Wirtschaft? D2.1.1506
23.10, Restaurant Aarhof, Olten
Das ABC der Wirtschaft, Einkommens- und Vermögensverteilung, Massnahmen der Gewerkschaften. Referent_innen: Oliver Fahrni (Redaktor der Zeitung «work»), David Gallusser (SGB), Danièle Lenzin (Unia)

Migrationspolitik und Migrationsrecht: Fakten, Wertungen, Perspektiven D2.1.1509
22.–23.10, Fortbildungszentrum, Oberdorf SO
Geschichte der Migrationspolitik, Ausländergesetz (AuG) und Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU (FZA), gewerkschaftliche Positionen zu AuG und FZA. Referent_innen: Aurora Garcia (Unia), Marc Spescha (Rechtsanwalt)

Arbeitsrecht für die Praxis D2.2.1507
29.–30.10, Das Neue Rialto, Basel
Einzelarbeitsvertragsrecht,

Gesamtarbeitsvertragsrecht, Arbeitszeit, Kündigung, Gleichstellung. Referent: Thomas Gabathuler (Rechtsanwalt)

Ich erstelle mein Budget D2.6.1506
12.11, Hotel Olten, Olten
Fixe und wiederkehrende Kosten, mögliche Einsparungen, Spielraum, Hilfsstellen. Referentin: Katharina Prelicz-Huber (vpod)

Sitzungen leiten und gestalten D1.8.1513
13.11, Bahnhofbuffet, Olten
Verschiedene Sitzungsarten, Leitungsrolle, Moderationstechniken, Verfahren zur Problemlösung und Entscheidungsfindung. Referentin: Danièle Lenzin (Unia)

Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten und Vorsorgekommissionen D1.8.1524
18. – 20.11, Hotel Freienhof, Thun
Freizügigkeits- und Wohneigentumsförderungsgesetz, Teilliquidation, Anlageorganisation BVV 2, Risiken, Deckungsgrad, internes Kontrollsystem (IKS), Strukturreform. Referenten: Sabino Di Mambro (Fachmann für Personalvorsorge), Roman Kahr (Fachspezialist BVG), Heinrich Nydegger (Unia)

Kommunikation – Grundlagen-seminar D2.4.1532
24.–25.11, Restaurant Aarhof, Olten
Kommunikationsmodelle, Gesprächsstile, Diskussionsstrategien. Referentin: Emiliana Della Torre (Movendo)

Die Anmeldung erfolgt online www.movendo.ch, per Mail info@movendo.ch, Telefon 031 370 00 70 oder Fax 031 370 00 71.

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung pro Jahr werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von 230 statt 390 Franken bzw. 300 statt 450 Franken pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, simon.roth@spschweiz.ch) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

18. OKTOBER
nationale Wahlen

4. DEZEMBER
Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER
Delegiertenversammlung
St. Gallen

2016

18. MÄRZ
Koordinationskonferenz

19. MÄRZ
Delegiertenversammlung

24. JUNI
Koordinationskonferenz

25. JUNI
Delegiertenversammlung

Arbeitet Ihr Geld so fair wie Sie?



Blieben Sie Ihren Grundsätzen treu: legen Sie Ihr Geld sozial verantwortlich und nachhaltig bei Oikocredit an. Seit 40 Jahren unterstützen wir Millionen benachteiligte Menschen in über 60 Entwicklungsländern mit fairen Darlehen für Mikrofinanzinstitute, Fair-Trade Kooperativen und KMU. Ihre Geldanlage erreicht so eine soziale, ökologische und finanzielle Rendite.

www.oikocredit.ch



WAHLANLEITUNG

Mittlerweile sollte das Wahlmaterial in fast allen Kantonen verschickt sein. Damit deine Stimme für die SP am 18. Oktober auch tatsächlich zählt, haben wir dir in einem Wahlvideo die wichtigsten Tipps zusammengestellt.

Das Video sowie eine schriftliche Wahlanleitung findest du unter spschweiz.ch/wahlanleitung



